

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Nr. 73

Dienstag, den 28. März 1933

Jahrgang 105

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Druckerei Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Die deutschen Forderungen in Genf

Der englische Abrüstungsplan Grundlage der weiteren Abrüstungsverhandlungen

Die Konferenz auf 25. April vertagt

Genf, 28. März. Der deutsche Vertreter auf der Abrüstungskonferenz, Botschafter Nodolny, nahm gestern in einer großen Rede zum englischen Abrüstungsplan Stellung. Er wies darauf hin, daß der britische Schritt die Einleitung einer entscheidenden Konferenzphase bedeute, denn nach vielen vergeblichen Versuchen enthalte nun der englische Plan zu einem Zeitpunkt, da bereits das Scheitern der Konferenz drohte, einen vollständigen Entwurf für ein abzuschließendes Abkommen. Der Grund für die heutige allgemeine Unsicherheit sei — darüber bestimme wohl kein Zweifel mehr — in der durch die Härten und Ungerechtigkeiten der Friedensverträge geschaffenen Lage zu suchen. Er würde es sehr begrüßen, wenn auch die anderen verantwortlichen Staatsmänner die Ansicht immer mehr zu einem Grundsatze der Außenpolitik machen würden, daß ohne Gerechtigkeit und Freiheit Deutschlands und der anderen gleich ihm behandelten Staaten eine Konsolidierung Europas unmöglich sei. Hinsichtlich der Feststellung Macdonalds, daß, wer nehmen wolle, auch geben müsse, verwies Botschafter Nodolny so- dann eingehend darauf, daß Deutschland sowohl auf dem Gebiete der Abrüstung als auch der Sicherheit (Locarnopakt und Kelloggspakt) Vorleistungen gegeben habe. Auch die am 1. Dezember ausgesprochene Gewaltverzichtserklärung sei eine weitere Leistung in diesem Sinne, und ebenso sei Deutschland bereit, die im ersten Teil des englischen Planes enthaltenen Vorschläge über den Ausbau des Kelloggspaktes anzunehmen.

Sodann zitierte Botschafter Nodolny den Satz aus der Rede des Reichskanzlers im Reichstag: „Das deutsche Volk will mit der Welt im Frieden leben“. Die Reichsregierung wird aber gerade deshalb mit allen Mitteln für die endgültige Beilegung der Trennung der Völker der Erde in zwei Kategorien eintreten. Die nationale Regierung ist bereit jedem Volke die Hand zur aufrichtigen Verständigung zu reichen, das gewillt ist, die traurige Vergangenheit einmal grundsätzlich abzuschießen. Es sei jedoch, wie Botschafter Nodolny fortfuhr, unmöglich, die Erfüllung der Forderungen auf gleiche Sicherheit für alle Nationen von immer neuen vertraglichen Garantien abhängig zu machen. Es muß endlich ein Ende haben mit der Auffassung, als ob andere Staaten ein größeres Recht auf nationale Sicherheit besäßen, als Deutschland. Was von dieser Konferenz zu beschließen ist, das ist also eine allgemeine erhebliche Abrüstungsverminderung und ein Abrüstungsausgleich auf Grund des festigen Standes der vertraglichen Sicherheit. Wir sind gerne bereit, auch dem in dem englischen Entwurf vorgeschlagenen Ausbau des Kelloggspaktes zuzustimmen.

Was die Abrüstung angeht, so erkenne er gerne an, daß der englische Entwurf positive Verabredungen vorschlägt. Hinsichtlich der Gleichberechtigung stellte Botschafter Nodolny fest, daß durch das Abkommen vom 11. Dezember 1932 Deutschland grundsätzlich gleiches Recht und gleiche Behandlung zugesichert worden sei und daß auch der englische Entwurf die Berechtigung dieser Forderung nicht bestritte. Allerdings soll die Verwirklichung der Gleichberechtigung erst

nach einer Uebergangsperiode von fünf Jahren erreicht werden. Deutschland sei bereit, eine Uebergangsperiode anzunehmen. Freilich scheine die praktische Gestaltung dieser Periode noch nicht dem zu entsprechen, was die Rücksicht auf die nationale Ehre und Sicherheit Deutschlands erfordere. So müsse namentlich die erste Abrüstungskonvention allen Diskriminationen dieser Art ein Ende machen. Die beste Art der Abrüstung und der Herbeiführung der Gleichberechtigung sei natürlich, die in den Friedensverträgen verbotenen Waffen allen Staaten zu verbieten und ihre alsbaldige Vernichtung durchzuführen.

Zum Schluss kündigte Botschafter Nodolny an, daß Deutschland den englischen Entwurf als eine gute und zweckmäßige Grundlage zum Abschluss eines Abkommens betrachte und zu einer Aussprache bereit sei. Botschafter Nodolny schloß mit den Worten: „Der englische Premierminister hat mit Recht darauf hingewiesen, daß man zu dem Vertrauen, das die vor uns liegenden politischen Entscheidungen bedingen, Mut haben müsse, und ich hoffe, daß alle diejenigen, die für das Schicksal der Konferenz verantwortlich sind, nun endlich den Mut aufbringen, der nötig ist, um das Abrüstungsproblem zu lösen und so den Weg des Friedens zu beschreiten, den Weg eines dauerhaften und gerechten Friedens unter freien Völkern“.

Der Eindruck der Rede in Genf

Die programmatischen Erklärungen des deutschen Abordnungsführers im Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz werden in Konferenzkreisen übereinstimmend als die stärkste und deutlichste Vertretung der deutschen Abrüstungspolitik beurteilt. In maßgebenden englischen Kreisen wird die grundsätzliche Zustimmung Nodolnys zum englischen Plan warm begrüßt. Allerdings wird hinzugefügt, daß die deutsche Erklärung durch die deutliche Herausstellung der deutschen Forderungen die großen Schwierigkeiten der gesamten Abrüstungsfrage hell beleuchtet habe. Auf französischer Seite findet die Rede glatte Ablehnung und wird als völlig unannehmbar bezeichnet. Große Beunruhigung haben die deutschen Ausführungen in polnischen Kreisen und bei den Vertretern der kleinen Entente ausgelöst. Die Abrüstungskonferenz ist durch die große deutsche Erklärung nunmehr vor die Tatsache der unabweisbaren deutschen Forderungen gestellt worden, von denen unter keinen Umständen mehr abgewichen wird.

Abrüstungskonferenz auf 25. April vertagt

Die Abrüstungskonferenz ist am Montagabend bis zum 25. April vertagt worden. Der Hauptauschuss nahm mit 44 Stimmen ohne Gegenstimmen einen Antrag des Generalberichterstatters Benesch an, in dem der englische Abrüstungsplan als die Grundlage der weiteren Verhandlungen unter dem Vorbehalt von Zusatz- und Änderungsanträgen erklärt wird. Die Konferenz wird Ende April unverzüglich die artikelweise Lösung des englischen Abkommensentwurfes aufnehmen.

Nationalsozialistische Abwehraktion

gegen die internationale jüdische Hetzpropaganda

München, 28. März. Wie die nationalsozialistische Parteikorrespondenz berichtet, wird nunmehr die NSDAP. den Abwehrkampf gegen die internationale jüdische Grenel-Hege gegen Deutschland in schärfster Form aufnehmen. Es verlautet, daß bereits heute Anordnungen für die Organisation einer gewaltigen Volksbewegung zur Bildung von Boykottkomitees gegen die jüdischen Geschäfte in Deutschland als Antwort auf die Boykottdrohungen des internationalen Judentums ergehen. Gleichzeitig soll in einer ungeheuren Propagandawelle der Forderung nach sofortiger Einführung des numerus clausus für die Beteiligung des Judentums an bestimmten akademischen Berufen und öffentlichen Einrichtungen Ausdruck gegeben werden. Der Abwehrkampf soll durch Bildung besonderer Aktionskomitees und mittels einer riesenhaften Aufklärungspropaganda geführt werden.

Wie von gut unterrichteter nationaler Seite mitgeteilt wird, will die Regierung nunmehr zulassen, daß alles im Rahmen des Gefährlichen geschehe, was zur Abwehr der Auslandspropaganda geeignet sei. Es handle sich dabei um eine reine Abwehrmaßnahme. Die Regierung werde sich dieser Abwehrbewegung gegenüber genau so verhalten, wie sich die ausländischen Regierungen gegenüber der Grenelpropaganda verhielten. Wenn das Ausland dagegen einschreite, werde die Reichsregierung auch gegen die Abwehrbewegung in Deutschland einschreiten. Wenn das Ausland dagegen nichts tue, werde die Reichsregierung in Deutschland den Dingen ihren Lauf lassen.

Auflösung des „Stahlhelm“

im Lande Braunschweig

Braunschweig, 28. März. Der braunschweigische Innenminister gibt folgende Verfügung bekannt: Nach mir vorliegenden Meldungen hat der Stahlhelm im ganzen Land Braunschweig planmäßig in Massen Mitglieder marxistischer Organisationen aufgenommen. Selbst ganze Ortsgruppen des Reichsbanners und der SPD. sind auf Grund von Verhandlungen und Verabredungen geschlossen übergetreten. Der Weiterbestand dieser nunmehr vorwiegend marxistischen Organisation würde eine schwere Gefahr für den Erfolg der nationalen Erhebung bedeuten. Ich löse daher den Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, und alle seine Nebenorganisationen im Lande Braunschweig mit sofortiger Wirkung auf.

Nach einer amtlichen Mitteilung des braunschweigischen Innenministers nahm der Stahlhelm, Ortsgruppe Braunschweig, seit einigen Tagen ganze Scharen neuer Mitglieder aus den aufgelösten und niedergeschlagenen marxistischen Organisationen auf. Diese Eintrittsbewegung habe Massencharakter angenommen. Hunderte ehemaliger Reichsbannermitglieder, Sozialdemokraten und Kommunisten seien zum Teil in geschlossenen Abteilungen und unter Bedeckung der Stahlhelmhilfspolizei zum Nachloß des Stahlhelms, in dem Gebäude der Ortskrankenkasse gezogen. Vor dem Hause und in den anliegenden Straßen sammelten sich erregte Mengen von Kommunisten und Sozialdemokraten aus deren Mitte drohende Rufe gegen Adolf Hitler und gegen die NSDAP. laut wurden und die eine drohende Haltung gegen Nationalsozialisten und Hitlerjungen einnahmen.

Tages-Spiegel

Im Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz hat Botschafter Nodolny in aller Klarheit die unabänderlichen Forderungen Deutschlands in der Abrüstungsfrage vorgetragen.

Die Abrüstungskonferenz hat sich nach Annahme des englischen Abrüstungsplans als Grundlage der weiteren Verhandlungen bis zum 25. April vertagt.

Reichsaußenminister von Neurath hat in einer Unterredung mit einem amerikanischen Pressevertreter die Welt vor der Hege gegen Deutschland gewarnt.

Gegen die Auslandshege ist bereits eine nationalsozialistische Abwehraktion im Gange, welche den Boykott jüdischer Geschäfte und eine Zugangsperre zu akademischen Berufen für Juden vorsieht.

Die große Naturalienhilfsaktion der Reichsregierung für die Notstandsgebiete soll ab 1. April praktisch in Gang gesetzt werden.

Japan hat dem Völkerbund seinen Austritt mitgeteilt. Die ehem. deutschen Südpazifikkolonien will es aber nicht wieder herausgeben.

Die Regierung der Sowjetunion hat die Erklärung des Reichskanzlers Hitler über die deutsch-russischen Beziehungen mit Befriedigung aufgenommen und den russischen Botschafter angewiesen, auch weiterhin freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland zu pflegen.

In Stuttgart fand eine gewaltige Mittelstandsfundgebung statt, auf welcher Staatskommissar Strölin über „Gemeinde und Mittelstand“ sprach.

Minister Klages sah sich gezwungen, einzugreifen. Schutzpolizei wurde unter Führung des Kommandeurs zur Ueberholung der Krankenkasse eingesetzt, während SA- und SS-Plätze und Straßen in der Umgebung abgesperrt und säuberten. Die Stahlhelmhilfspolizei wurde entwaffnet, hunderte von Zivilisten, die sich in dem Gebäude aufhielten, namentlich festgehalten und ganze Pakete von ausgefüllten Anmeldungen beschlagnahmt. Unter den festgestellten Papieren befinden sich Mitgliederlisten geschlossener Schupoformationen und SPD-Ortsgruppen. Reichsbannermitglieder dieser und weiteres belastendes Material, aus dem hervorgeht, daß die Stahlhelmführer bewußt die Marxisten in ihrer Organisation sammelten. Es ist ferner festgestellt, daß die Schupoabteilungen auf Befehl und Verabredung an den Stahlhelm herangetreten sind, um auf diese Weise den Kampf gegen die NSDAP. und die nationale Erhebung führen zu können. Mehrere im Hause befindliche Stahlhelmführer und sämtliche dort festgestellten Zivilisten wurden wegen des Verdachts, eine gegenrevolutionäre Bewegung einzuleiten, in Haft genommen.

Die Arbeiten des Reichskabinetts

Berlin, 28. März. Da der Reichskanzler erst heute mittag wieder in Berlin eintreffen wird, findet die nächste Sitzung des Reichskabinetts erst morgen statt. Dagegen tagte gestern der Wirtschaftsausschuss des Kabinetts, dem bekanntlich der Reichswirtschaftsminister, der Reichsfinanzminister und der Reichsarbeitsminister angehören. In der Sitzung wurden die schwebenden Gewerkschaftsfragen behandelt, die schon die letzte Kabinettsitzung beschäftigt haben. Dem Vernehmen nach ist bei der gestrigen Beratung über die Frage der Stellung der Gewerkschaften im neuen Staat zunächst die sog. kleine Vorlage erörtert worden, d. h. die Vorschläge, die sofort notwendige Maßnahmen, insbesondere zur Eingliederung der nationalen Arbeitnehmerverbände enthalten. Weiter hat der Ausschuss sich mit der Regelung der Betriebsrätemahlen und mit dringenden Maßnahmen auf dem Gebiete der sozialen Versicherungen befaßt. Der Wirtschaftsausschuss hat dann weiter die grundsätzliche Frage der Neuordnung des gesamten Gewerkschaftswesens behandelt.

Voraussichtlich wird in der morgigen Kabinettsitzung die Ernennung des Reichskommissars für die Gewerkschaften erfolgen. Ferner wird der Reichsfinanzminister die Bewilligung eines Etats-Provisoriums für ein Vierteljahr fordern. Endlich dürfte das Kabinett wohl das Gesetz über die Gleichhaltung der Volksvertretungen im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden verabschieden. Es ist demnach damit zu rechnen, daß die Neubildung der Landtage schon in allernächster Zeit erfolgen wird.

Oberschlesien fordert Wiedergutmachung des Genfer Fehlspruchs

El. Gleiwitz, 27. März. Zu einer gewaltigen Protestkundgebung gesammelte sich die Abstimmungsgedankfeier auf dem Reichspräsidentenplatz in Gleiwitz am Sonntag, die von der Ortsgruppe Gleiwitz der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier durchgeführt wurde. Die Kundgebung bot ein Bild innerer Geschlossenheit und Wucht, wie sie Oberschlesien kaum je erlebt hat. Sie wurde eingeleitet mit dem Choral „Lobe den Herrn“, worauf Bürgermeister Dr. Goldig die Gedankrede hielt. Er führte unter anderem aus: Als vor 12 Jahren Oberschlesiens Bevölkerung in einwandfreier Mehrheit ihr Deutschland bekannte, da fanden unsere Führer von gestern nicht den Mut, mit dem nötigen Nachdruck die selbstverständliche Schlussfolgerung dieses Ergebnisses zu erzwingen. Darum erheben wir Oberschlesier heute, wie alle die vergangenen Jahre, die Klage wegen Bruches feierlich gegebener Versprechen. Zwölf Jahre lang hat man uns nicht gehört. Wir alle lassen nicht nach, Wiederherstellung vertriebenen Rechtes zu fordern. Grenzenlos waren und sind die Leiden derer, die auf Grund des Genfer Machtspruchs vertrieben sind, die drüben ihre Heimat verloren und sie im Deutschland von gestern nicht gefunden haben. Höre uns, deutsche Regierung: Hier ist eine Verpflichtung der Volkserhaltung für das gesamte Deutschland. Nimm sie wahr, siehe die Not, das Elend, die Verzweiflung der Flüchtlinge und Verdrängten. Hilf, mache wieder gut, was in den 12 Jahren verabäumt worden ist. Wir haben das stolze Bewußtsein, daß nun die Beiden unseres Volkes zu Führern erhanden sind. Wir geloben diesen Führern, die Treue zu halten. Mit den Schweizern und Brüdern jenseits der heutigen Reichsgrenze, die gleich uns den Sinn der Zeit erkannt haben und bereit sind, mitzuhelfen am Werk der nationalen Erhebung, wollen wir sein ein einzig Volk von Brüdern, wollen wir frei sein, wie die Väter waren.

Unter großem Beifall erklärte Mittelschullehrer Melchior, daß Oberschlesien niemals Schachernobjekt sein könne. Ein jeder möge den Schwur der Teilnehmer an dieser Kundgebung hören, daß sie nicht eher ruhen wollten, bis die letzte Furche obereschlesischen Bodens wieder von deutschem Eisen gepflügt werde und bis das Reich des schlesischen Adlers sich wieder erstrecke bis zu dem heute geschändeten Bismardturm an der Drei-Kaiser-Gäße. Die Jugend wolle den Frieden. Aber sie schwöre, selbst mit dem Einsatz von Blut und Leben, sich für die Erreichung dieses Zieles einzusetzen. Der Redner verlas dann folgende Entschlüsse an die Reichs- und Staatsbehörden und an das Gewissen der zivilisierten Welt:

„Wir protestieren anfänglich der Abstimmungskundgebung der Bewohner von Gleiwitz und Umgebung gegen die der Abstimmungsergebnisse und dem Selbstbestimmungsrecht der Völkerohnpfehlende Zerreißung Oberschlesiens. Bekanntend in wirtschaftlichen Kriegen Kündigende verlangen Wiedergutmachung des Genfer Fehlspruchs. Unsere Notrufe an den Völkerbund verhallen ungehört. Deshalb wenden wir unsere SOS-Rufe an die gesamte zivilisierte Welt. Arbeiter und Akademiker, Selbstständigen und Industriellen Verbände, deren Vertreter hier aus dem ganzen Reich versammelt sind, SA, SS, der NSDAP, Wehrverbände und Stahlhelm, Männer und Frauen ohne Unterschied der Partei und Konfession geloben feierlich, nicht eher ruhen zu wollen, bis die Welt die furchtbaren Folgen der unnützen Grenzziehung erkennt und Oberschlesien wieder mit seinem Vaterland Deutschland vereint.“

Danzig und das Reich

— Danzig, 27. März. Präsident Dr. Ziehm empfing die Vertreter der Presse, um sie über die Genfer Verhandlungen zu unterrichten. Als Ergebnis der Erledigung des Konflikts stellte er für Danzig eine Stärkung des Vertrauens zum Schutze des Völkerbundes und darüber hinaus eine bedeutsame Stärke des Völkerbundswillens und seiner Organe fest.

Zu den innenpolitischen Verhältnissen erklärte der Präsident: Es kann ruhig ausgesprochen werden, daß Polen seine Schritte damit zu begründen versuchte, daß die Revolution in Deutschland nach Danzig hinübergreifen würde. Wir haben in Danzig keine Bestimmung in der Verfassung. Die dem Artikel 48 entspricht, der dem Reichspräsidenten besondere Vollmachten gibt. Unsere Verfassung ist durch den Völkerbund garantiert und kann nur mit seiner Zustimmung geändert werden. Eine Revolution, wie sie in Deutschland durchgeführt ist, ist daher in Danzig nicht denkbar. Sie würde anarchoistische Zustände herbeiführen und das Eingreifen fremder Mächte zur Folge haben. In der polnischen Presse ist auch von meinem Besuch beim deutschen Reichskanzler gesprochen worden. Es ist richtig, daß ich ihn gesprochen habe. Ich habe feststellen müssen, daß der Reichskanzler der durch die Verträge geschaffenen besonderen Lage Rechnung trägt und im Rahmen der internationalen Organisationen für das Recht und die Freiheit Danzigs eintritt.

Ein falsches Gerücht ist es auch, daß die hiesigen Nationalsozialisten angeblich versuchten, das Reich zu einem scharfen Druck auf die Danziger Regierung zu veranlassen, daß sie den Forderungen der Nationalsozialisten in Bezug auf die Regierungsbildung nachgebe, widrigenfalls die Regierung den Bohn des Deutschen Reiches zu fühlen bekommen werde.

Danzig wird Befestigungen auf der Westerplatte nicht dulden

Während des Westerplatte-Konfliktes wurden bekanntlich auf der Danziger Westerplatte-Halbinsel Befestigungsarbeiten der Polen mit Stacheldrahtverhauern usw. beobachtet. Wie der Präsident des Danziger Senats, Dr. Ziehm, auf eine Anfrage erklärt, werden die auf der Westerplatte vorgenommenen Befestigungen vermutlich noch Gegenstand eines Streitverfahrens bilden. Die Freie Stadt Danzig könne unter keinen Umständen zugeben, daß auf dem Danziger Hoheitsgebiet eine Militär- oder Marinebasis angelegt werde.

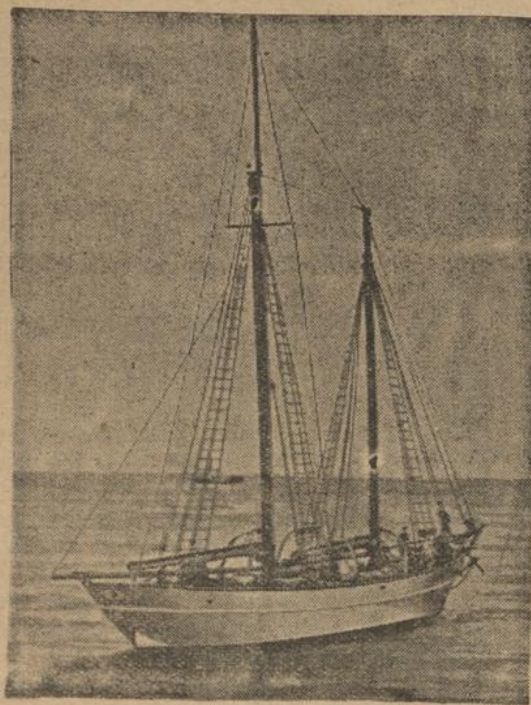
Polnischer Angriff auf den Mussoliniplan

El. Warschau, 27. März. Großes Aufsehen erregt hier die Nachricht, daß der erst kürzlich zum Vizekanzler in Rom ernannte Graf Potocki auf sein neues Amt verzichtet hat. Außenminister Beck hat diesen Verzicht zur Kenntnis genommen. Wie in Warschauer politischen Kreisen verlautet, ist der Verzicht von Amtswegen herbeigeführt worden, um so gegen die italienische Revisionspolitik, namentlich wie sie neuerdings im Mussoliniplan als deutliche Spitze gegen Polen zum Ausdruck gekommen sei, Protest zu erheben. Aus diesem Grunde soll offenbar bis auf weiteres keine Besetzung des seit längerer Zeit schon verwalteten polnischen Botschafterpostens in Rom erfolgen.

In französischen politischen Kreisen haben die Ausführungen des englischen Ministerpräsidenten vor dem Unterhaus öffentliche Beunruhigung ausgelöst; sie werden dementsprechend abfällig kritisiert. Man hat ein so mutiges Bekenntnis zur Abänderung der Verträge nicht erwartet.

Der Erlaß für die „Niobe“

Die Reichsmarine hat den Hamburger Vossenshoner „Niobe“ eingestrichelt auf dem vorläufig die Befestigung des



neuen im Bau befindlichen Schulschiffes ihre Ausbildung erhalten wird. Der Schoner ist 24,5 Meter lang und 6,5 Meter breit.

Ermächtigungsgezet und Kirchen

Das „Evangelische Deutschland“ schreibt: In Artikel 2 wird der Regierung eine nahezu unbegrenzte Vollmacht erteilt: die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen. Mit der Annahme dieser Bestimmung würden für die Dauer des Gesetzes auch die verfassungsrechtlichen Garantien für die im zweiten Hauptteil der Verfassung festgelegten Grund- und Selbstverwaltungsgeetze sistiert. Auch der Reichspräsident, der nach dem bisherigen Recht die Verfassung mit seinem Dienstfeld deckte und der Staatsgerichtshof treten hinter der Vollmacht der Reichsregierung neues Recht zu schaffen, alsdann zurück. Daß damit auch die Grundlagen der öffentlichen Rechtsstellung der Kirchen berührt werden, liegt auf der Hand.

Für den evangelischen Volksteil ist der liberale Rechtsstaat, der die Glaubensfreiheit mit der politischen Meinungsfreiheit auf eine Stufe stellt, nicht ein Dogma wie für die katholischen Parteien. Evangelische Grundfähigkeit wird aber folgern müssen, daß von den Trägern der staatlichen Vollmacht der Rechtsgewißheit alsbald ein Ende bereit wird und neue festumrissene Rechtsgrundlagen geschaffen werden; zumal auf dem Gebiet der Kulturpolitik die Gefahr droht, daß staatliches Amt und persönliche Willenshaltung vermengt würden. Daß die Rechte der evangelischen Kirchen und ihrer Verbände auch während der Dauer des Ermächtigungsgezetes in vollem Umfang gewahrt bleiben, wird als selbstverständlich gelten müssen.

Forderungen nationalsozialistischer Juristen

Der Bund nationalsozialistischer deutscher Juristen, Gau Groß-Berlin, veranstaltete eine Kundgebung im Anwaltszimmer des Berliner Landgerichts I. Der Gauobmann des Bundes, Rechtsanwalt Dr. Jarnack, teilte mit, daß der Bund nationalsozialistischer deutscher Juristen an den Kammergerichtspräsidenten sowie an die drei Landgerichtspräsidenten folgende Forderungen gerichtet hätte:

Als Armenanwälte, Pfleger, Vormünder, Testamentsvollstrecker, Zwangsverwalter und Konkursverwalter sind ab sofort nur noch deutschstämmige Anwälte zu ernennen. Angehörige fremder Rassen dürfen nicht mehr Notare werden. Angehörige fremder Rassen dürfen nicht mehr Richter werden. Fremdbürgerschaftige Assessoren sind sofort aus dem Justizdienst zu entfernen und durch deutschstämmige Assessoren zu ersetzen.

Reinigung und Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft

Die politische Zentralkommission der NSDAP. veröffentlicht eine Anordnung, in der es u. a. heißt: Die Gauwirtschaftsberater stellen sich den politischen Dienststellen der Gane zur Verfügung, um zu verhindern, daß Angriffe irgendwelcher Art auf Spitzen oder Reichsverbände der Wirtschaft, auf Wirtschafts- und Gewerbesteuer anderer Art amtliche und halbamtliche Wirtschaftsstellen, Syndikate usw. erhoben werden. Auch sind persönliche Angriffe auf einzelne Firmen und Firmenchefs zu unterbinden. Wo Mißstände

vorliegen, ist dies der übergeordneten Stelle zu melden, die das weitere veranlassen wird. Abgesehen davon, daß solche Angriffe häufig aus Mangel an Unterlagen als unberechtigt zurückgezogen werden müssen, wird der Kampf in die Reinigung und Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft mit anderen Mitteln geführt, als mit persönlichen Angriffen und Zeitungsartikeln, sowie Einzelaktionen in Betrieben.

Keine Übertreibung der Margarinepreise

— El. Berlin, 27. März. Im Hinblick auf die am 23. März 1933 erlassene Verordnung des Reichspräsidenten zur Förderung der Verwendung inländischer tierischer Fette und inländischer Futtermittel gibt der Reichskommissar für Preisüberwachung bekannt, daß er die Preisbildung für Margarine und Kunstpfefette in der nächsten Zeit mit ganz besonderer Aufmerksamkeit verfolgen wird. Gegen Übertreibungen wird mit allem Nachdruck, gegebenenfalls mit der Schließung von Betrieben, die ungerechtfertigt Preise für diese Lebensmittel fordern, vorgegangen werden. Vor einer spekulativen preistreibenden Vorratseindeckung wird gewarnt.

Kleine politische Nachrichten

Zusammenschluß der deutschen Luftsportverbände. Im Flugverbandshaus Berlin fand die Gründungsverammlung des Deutschen Luftsportverbandes Gb. statt. Der neugegründete Verband erstrebt den Zusammenschluß aller in der deutschen Luftfahrt tätigen Vereine Deutschlands auf nationaler Basis. Zum Präsidenten des Deutschen Luftsportverbandes wurde dann der bekannte Pour le Mérite-Pilger Bruno Görzer einstimmig gewählt.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags erklärt, die in ewigem Wahrheitsgehalt tief verwurzelten Grundzüge des Zentrums könnten durch keine Umwälzung erschüttert werden. Es werde Sorge getragen werden, daß eine dauernde Fühlungnahme von Partei und Fraktion mit den Parteifreunden im Lande eingehalten werde. Gemeinschaftsgeist und Gemeinschaftsarbeit sei das Gebot der Stunde.

Eine Adresse Hamburgs an den Ex-Kaiser. Nachdem in den letzten Wochen wiederholt die Frage einer möglichen Rückkehr des ehemaligen Kaisers nach Deutschland erörtert worden ist, hat die Stadtverwaltung von Bad Hamburg eine Adresse nach Doorn gerichtet, in der gebeten wird, für den Fall einer Verlegung der kaiserlichen Hofhaltung nach Deutschland der Kaiser im Randgräflichen Schloß in Hamburg Wohnung nehmen möge.

Bad Harzburg bietet Hitler, Hugenberg und Selbte das Ehrenbürgerrecht an. Der Rat der Stadt Bad Harzburg hat folgendes Telegramm an die zuständige Berliner Stelle gerichtet: Die Stadt Bad Harzburg, als die Geburtsstätte der nationalen Front, bittet den Herrn Reichskanzler und die Herren Reichsminister Hugenberg und Selbte das Ehrenbürgerrecht anzunehmen.

Die sächsische Turnerschaft gegen Marxisten und Fremdrassige. Die sächsische Turnerschaft hat in einer Entschlossenheitsbesitzung festgestellt, daß die Zugehörigkeit zum Marxismus mit den Satzungen nicht vereinbar sei und hat erklärt, daß ihr die Aufnahme von Vereinen, die auf marxistischer Grundlage Leibesübungen betrieben haben, nicht möglich sei. Des weiteren hat die sächsische Turnerschaft beim Hauptausch der Deutschen Turnerschaft die stärkere Betonung der Erziehung zur Wehrhaftigkeit, sowie die Einführung eines Arierparagrafen beantragt.

Die Verfassungs-Bronzetafel am Weimarer Nationaltheater abgenommen. Auf Anordnung des Thüringischen Volksbildungsministers Wächter wurde die am Deutschen Nationaltheater angebrachte Bronzetafel, die an die Verfassung von Weimar erinnerte, abgenommen. Die Tafel hatte folgende Inschrift: „In diesem Hause gab sich das deutsche Volk durch seine Nationalversammlung die Weimarer Verfassung vom 11. August 1919.“

Staatliche Maßnahmen zur Förderung des Land- und Gartenbaus in Holland. Die holländische Regierung hat dem Parlament einen Gesetzentwurf vorgelegt, in dem sie außerordentliche Vollmachten hinsichtlich von Maßnahmen im Interesse des Land- und Gartenbaues verlangt. Gebacht ist an die Einrichtung eines besonderen Fonds, aus dem sämtliche Kredite finanziert werden sollen. Vorgeesehen ist die Möglichkeit einer vorübergehenden Einschränkung der Erzeugung, sowie des Handels im In- und Auslande.

Verärgerung in Italien. Der „Corriere della Sera“ nimmt sehr scharf gegen die Erklärungen des ständigen Rates der Kleinen Entente zum Mussoliniplan Stellung. Diese Erklärungen atmeten einen Geist der Unversöhnlichkeit und der Vorurteile, der im offenen Widerspruch zum Geist des Mussolini-Planes stehe. Tatsache sei, daß die Staaten der Kleinen Entente, die bisher von der Uneinigkeit, die die vier Mächte getrennt haben, gezeht hätten, jetzt fürchten ihr Privileg zu verlieren.

Amerikanischer Arbeitsdienst nach deutschem Muster. Der Staatssekretär des Washingtoner Kriegsamtes erklärt, daß die Arbeitslosen, die nach dem neuen Gesetzentwurf Roosevelt zur Aufforstung der Staatswälder verwendet werden sollen, von den Militärbehörden rekrutiert und beaufsichtigt werden. Im übrigen würde die Organisation der des Freiwilligen Arbeitsdienstes in Deutschland entsprechen.

Milderung des Goldausfuhrverbots in Amerika? Staatssekretär Woodin gab nach der Kabinettsitzung bekannt, daß vom Weißen Haus baldigst eine amtliche Erklärung über die Goldausfuhr abgegeben würde. Woodin lehnte Einzelheiten über den Kabinettschluß ab. Seit mehreren Tagen verlautet jedoch, daß die Regierung der Vereinigten Staaten das Goldausfuhrverbot mildern werde.

Kommunistische Kundgebung vor dem deutschen Generalkonsulat in New York. Etwa 5000 Kommunisten, darunter zahlreiche deutsche, veranstalteten in New York einen Protestumzug. Die Menge zog vor das deutsche Generalkonsulat, wo eine Abordnung von einem Konsultatsbeamten empfangen wurde. Die Kommunisten überreichten eine Entschließung, in der die Freilassung aller in Deutschland verhafteten KPD-Angehörigen gefordert wird.

Aus Stadt und Land

Calw, den 28. März 1933.

Stand des Freiwilligen Arbeitsdienstes

auf 15. Februar 1933

Am Stichtag bestanden im Arbeitsamtsbezirk Nagold 19 Arbeitslager. Dabei wurden insgesamt 648 Arbeitsdienstwillige beschäftigt, darunter 62 weibliche Arbeitsdienstwillige. Nach den einzelnen Oberamtsbezirken gesondert werden zur Zeit folgende Maßnahmen geführt:

Oberamtsbezirk Nagold: Träger der Arbeit: Stadtgemeinde Nagold; Art der Arbeit: Wegbau; Zahl der Arbeitsdienstwilligen: 55. Stadtgemeinde Wilsberg; Verrichtung von Unwetterfahnen; 59. Stadtgemeinde Altensteig; Dränagen; 58. Gemeinde Gültlingen; Bachkorrektur; 59. Stadtgemeinde Nagold (weibl.); Winterhilfe; 19. Gemeinde Sulz; Bachverbesserung; 83.

Oberamtsbezirk Calw: Träger der Arbeit: Gemeinde Altbühl; Art der Arbeit: Dränung; Zahl der Arbeitsdienstwilligen: 32. Caritasverband Stuttgart (weibliches Lager in Calw); Instandsetzung von alten Kleibern; 15. Gemeinde Neuweller; Dränung; 20.

Oberamtsbezirk Freudenstadt: Träger der Arbeit: Gemeinde Dietersweiler; Art der Arbeit: Verbesserung von Holzabfuhrwegen; Zahl der Arbeitsdienstwilligen: 31.

Oberamtsbezirk Herrenberg: Träger der Arbeit: Stadtgemeinde Herrenberg; Art der Arbeit: Altpapierkorrektur; Zahl der Arbeitsdienstwilligen: 31. Gemeinde Unterjesingen; Ammerkorrektur; 62. Gemeinde Rebringen; Wegbau; 49.

Oberamtsbezirk Horb: Träger der Arbeit: Stadtgemeinde Horb; Art der Arbeit: Bau der Panoramastraße; Zahl der Arbeitsdienstwilligen: 30. Stadtgemeinde Horb (weiblich); Winterhilfe; 28. Gemeinde Bierlingen; Verbesserung von Waldwegen; 29. Gemeinde Bierlingen; Waldwegbau; 24. Gemeinde Waghendorf; Dränung und Waldwegverbesserung; 24. Gemeinde Sulzau; Verbesserung von Waldwegen; 20. A.-M.

Änderung im Landratspostbezirk Calw

Vom 1. April 1933 ab werden die bisher zum Postamt Calw gehörigen Orte Engelsbrand, Grumbach, Kapfenhardt und Salmbach dem Postamt Neuenbürg und der bisher zum Postamt Nagold gehörige Ort Sulz (O.A. Nagold) dem Postamt Calw zugeteilt.

Vom Rathaus Mühlgen

In der letzten Gemeinderatssitzung gab Bürgermeister Braze vor Eintritt in die Tagesordnung eine Vertrauens-erklärung für die nationale Regierung ab und wünschte, daß sie unser Volk wieder zur Höhe führen möge, aus dunklen Tagen empor zum Licht! Als Punkt 1 fand sodann die Errichtung einer zweiten Lehrstelle an der bisher einklassigen Volksschule zur Beratung. Diese Frage wurde in den letzten Jahren hier schon des öfteren erörtert, und die Schaffung einer weiteren Lehrstelle immer wieder hinausgeschoben, hauptsächlich aus Sparmaßregeln. Nachdem nun aber der Zustand nachgerade ungesüßlich geworden ist — im neuen Schuljahr steigt die Schülerzahl auf 88 und dürfte in den nächsten Jahren nicht wesentlich zurückgehen — hat der Gemeinderat den Beschluß gefaßt, mit Beginn des neuen Schuljahres eine zweite, unklassige Lehrstelle einzuführen und die Mittel hierfür bereitzustellen. Möge diese den Gemeindegeldern wesentlich belastende Mehrausgabe der Gemeinde und ihrem Nachwuchs zum Segen gereichen!

Goldene Hochzeit in Sonnenhardt

Im Kreis ihrer Kinder und Enkel und unter allseitiger Teilnahme der hiesigen Einwohnerschaft feierten die Eheleute J. Braun das seltene Fest der Goldenen Hochzeit. Der Jubilar zählt 79, die Jubilarin 75 Jahre. Da sich beide Eheleute noch einer ordentlichen Mäßigkeit erfreuen, so konnte die kirchliche Einsegnung in der Kirche in Javelstein erfolgen, an derselben Stätte, wo sie vor 50 Jahren ihren Ehebund geschlossen hatten. Der Kriegerverein und zahlreiche Einwohner begleiteten das Hochzeitspaar zum Gotteshaus. Im Anschluß an die Predigt wies der Geistliche in zu Herzen gehenden Worten auf die Bedeutung des Tages hin und überreichte dem Jubelpaar unter herzlichsten Segenswünschen, auch des Herrn Kirchenpräsidenten, ein Jubiläumsgesangbuch. Weitere Glückwünsche waren eingelaufen von dem Herrn Staatspräsidenten und von dem Präsidenten des Württembergischen Kriegerbundes, je mit einem schönen Geschenk. Zur Verschönerung des Festes trugen der Kirchenchor von Javelstein, der Jugendbund und die Schüler von Sonnenhardt bei. Der Kriegerverein verehrte seinem treuen Mitgliede einen Rubelkessel. Eine photographische Aufnahme des Jubelpaares mit diesem Verein hält die Erinnerung an diesen schönen, auch vom Wetter sehr begünstigten Festtag für spätere Zeiten fest. Möge dem ehrwürdigen Jubelpaar durch Gottes Gnade noch ein schöner, gesegneter Lebensabend beschieden sein!

Gauversammlung der Gewerbevereine des nördlichen Schwarzwaldgaus

In Altensteig tagten am Sonntag unter Vorsitz von Fabrikant Kapp-Nagold die Gewerbevereine des nördl. Schwarzwaldgaus. Vor Eintritt in die Tagesordnung der von nationalem Geist getragenen Versammlung hielt Landtagsabgeordneter und Polizeikommissar Böhner-Nagold eine Ansprache, in welcher er für einen gerechten Steueransatz und eine Entlastung des Mittelstandes eintrat. Zur Genehmigung des Staatsstraßenbaus Nagold-Altensteig konnte er mitteilen, daß für diese Zwecke zunächst 420.000 RM verwilligt seien. Die Tagesordnung brachte dann die Entgegennahme von Geschäfts- und Kassenbericht. Letzterer fiel recht günstig aus. Zwei Anträge des Gewerbevereins Altensteig betr. Senkung der amtlichen Gebühren für Post und Bahn sowie Herabsetzung der Pfändungsgrenze entsprechend dem gegenwärtigen Geldwert fanden Annahme. In der Ansprache behandelten Gauauschussmitglied Essig-

Calw Fragen der Arbeitsgemeinschaft des Einzelhandels und die Nachteile der verschiedenen Termine der Inventur- und Verkaufsverträge in Württemberg und Baden, während Stadtrat Schuler-Calw über den katastrophalen Preisverfall im Handwerk Klage führte. Nach einem sehr interessanten Vortrag von Syndikus Eberhardt-Neutlingen über die Geschichte der Handwerkspolitik im Verlauf der letzten Jahrzehnte, befristete die Versammlung in einer Entschließung die baldige Einführung der Handwerkerkarte. Zum Schluß gedachte Gauauschussmitglied Essig-Calw noch des kürzlich verstorbenen Generalsekretärs Hermann und seiner großen Verdienste um Handwerk und Gewerbe in ehrenvoller Weise.

Notes Schluslicht ab 1. April

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Kraftfahrzeuge müssen vom 1. April 1933 ab bei Dunkelheit oder starkem Nebel mit einem roten Schluslicht versehen sein, das niemals verdeckt sein darf. Die wirklame Leuchtkraft des Schluslichtes darf nicht größer als 20 Quadratcentimeter sein. Pinsten, Spiegel und andere Verstärkungsmittel sind für das Schluslicht nicht zulässig. Ausschließlich im inländischen Verkehr benutzte zweirädrige Kraft- und Kleinkraftfahrzeuge dürfen statt des Schluslichtes nach wie vor das hintere Leuchtzeichen führen. Von dem genannten Zeitpunkt ab darf auch für Stoplampen nur noch rotes Licht benutzt werden.

Wetter für Mittwoch und Donnerstag

Hochdruck erstreckt sich von Irland bis nach Finnland. Für Mittwoch und Donnerstag ist zwar teilweise bedecktes, aber immer noch vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

*

Bad Heilbrunn, 27. März. Wie wir erfahren, wird der Sturm 219 der NSDAP in Stuttgart über Ostern einen großen SA-Aufmarsch nach Baden-Baden über Bad Heilbrunn und Wilsbad veranstalten. Es handelt sich um 700 SA- und SS-Leute mit der SA-Kapelle Franz. Berner werden sich dem Marsch ca. 300 sonstige Parteigenossen anschließen. Die Truppe marschiert in der Frühe des Karfreitags in Stuttgart ab, sie wird nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr hier eintreffen und bis Ostermontagfrüh in Massenquartieren (Gasthäusern und Privatwohnungen) bequeme Unterkunft finden. Am Samstagabend findet im Stadt Kuriaal ein großer deutscher Abend statt. Am Ostermontagmorgen verlassen uns die Gäste, um in Hirsau einem Feldgottesdienst anzuschließen und nach demselben nach Wilsbad weiterzumarschieren. — Die Unterbringung von 1000 Teilnehmern — zumal an Ostern — ist zwar keine leichte Aufgabe, wird aber angesichts der vielen Freunde und Anhänger der Bewegung überwunden werden.

Simmersfeld, 27. März. Bei der am Sonntag stattgefundenen Wahl des Ortsvorstehers, die durch den Ablauf der Wahlzeit des bisherigen Bürgermeisters Meßner notwendig wurde, erhielt von 280 abgegebenen Stimmen Bürgermeister Meßner 221, Gemeindefleischer Schabbe 58, sechs waren unentschieden. Meßner ist demnach mit großer Mehrheit gewählt. Am Anschließ an die Wahl wurde dem um die Gemeinde Simmersfeld sehr verdienten Ortsvorsteher von der SA und der Hirsauer, vom Jungvolk und dem Kirchenchor eine Entlassung dargebracht.

SCB. Neu-Nußra O.M. Freudenstadt, 27. März. Am Sonntag mittag sahen hiesige Bewohner gegen das Waldschutal auf Böfingen Seite einen starken Rauch aus dem Wald emporsteigen. Kurz entschlossen sprangen einige Holzhauer mit Art. Pikel und Schaufel dem Brandplatz zu und dämmten das Feuer auf einen kleinen Herd. Schuthe und Kleider der Holzhauer waren schwer beschädigt. Die Schadensfläche ist circa 1 Hektar 15-20jähriger Bestand.

Herrenberg, 27. März. Der Gemeinderat hat einstimmig beschlossen, dem Reichspräsidenten von Hindenburg, dem Reichskanzler Adolf Hitler und dem Württ. Staatspräsidenten Murr das Ehrenbürgerrecht der Stadt zu verleihen. Außerdem wurde beschlossen, den seitherigen Halenplatz in Adolf Hitlerplatz und die seitherige Gartenstraße in Hindenburgstraße umzubenennen.

Wp. Eningen, 27. März. Gestern früh wurde die Einwohnerschaft durch die Feuerstürme aus dem Schlafe geschreckt. Die Scheuer und ein Teil des angebauten Wohnhauses des Jöbs. Kaiser in der Weißestraße standen in Flammen. Die Scheuer mußte den Flammen preisgegeben werden und brannte bis auf die Grundmauern nieder. Auch der Dachstuhl des Wohnhauses und Teile des Untergeschosses sind niedergebrannt. Der Schaden ist beträchtlich. Gerettet wurde nur das Vieh, einige Fahrnisgegenstände und Mobiliar aus dem Wohnhaus.

SCB. Stuttgart, 27. März. Von Neckarweinger Einwohnern, die sich zur Arbeit in die Weinberge begaben, wurde der blutüberströmte Leichnam eines jungen Mädchens gefunden, das über einen Felsvorsprung hinabgestürzt und mit Steinen erschlagen worden war. Als Mörder wurde ein 21 Jahre alter Tapezier aus Neckarweinger festgenommen.

SCB. Stuttgart, 27. März. Otto Krauß, Intendant der Berliner Stadt. Oper und Mitglied der NSDAP, ist zum Intendanten der Württ. Landestheater ernannt worden. Er tritt an die Stelle des Generalintendanten Rehm, der seit 1920 in Stuttgart tätig ist.

Aus dem Vereinsleben

Mandolinklub Calw 1932

Im vergangenen Jahr hat sich in Calw wieder ein kleiner Kreis musikalischer Damen und Herren zur Pflege wahrer Volksmusik zusammengefunden. Aus naheliegenden Gründen müssen die wöchentlichen Übungsstunden, die unter Leitung von Adolf Reinhardt stehen, in einer Privatwohnung abgehalten werden. Die Spielerische des Mandolinklubs hatte deshalb das Bedürfnis, einmal vor einem größeren Kreis eine Probe ihres Könnens abzulegen und hatte auf vergangenen Sonntagabend zu einem Familienabend in den Gasthof „zum Bären“ Einladung ergehen lassen. Was in den wenigen Stunden von dem jungen Verein zum

Vortrag gebracht wurde, überraschte die Gäste aufs angenehmste. Man hörte flott gespielte Märsche und Tänze von Th. Ritter. Taktfest erklang der „Gute-Kameraden“-Marsch von J. Huber, ja selbst Franz Schuberts „Melobienfranz“ erfährt eine wirklich schöne Wiedergabe. Herr Wilh. Grammer sang, mit einem schmiegsamen Bariton begabt, „Die Uhr“. Diese Einlage wurde mit großem Beifall aufgenommen, ebenso verschiedene Vorträge eines Gesangstrios sowie eines Couplets; schließlich trug noch Fr. Weimert ein selbstverfasstes Gedicht vor, das allgemeine Beifall hervorrief. Dem Mandolinklub Calw ist eine gute Fortentwicklung auf dem beschrittenen Wege zu wünschen. Vielleicht wird auch er einst in der Lage sein, öffentliche Konzerte zu geben, wie es der in den Nachkriegsjahren gegründete Mandolin- und Gitarrenklub Calw des öftern tun konnte.

Vom Calwer Bezirks-Verein Stuttgart

Der Verein hielt kürzlich im Vereinslokal „A. Alexander“ in Stuttgart seine diesjährige Generalversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Landmann Fritz Mätschke, begrüßte die Landesleute herzlich und gab einen Rückblick über die Geschicke des abgelaufenen Geschäftsjahres. Mit ehrenden Worten gedachte er hierbei der verstorbenen Mitglieder, darunter des Ehrenmitgliedes Wilhelm Dingler aus Calw. Schriftführer Friedrich Steeb verlas sodann die Protokolle der Versammlungen und den Tätigkeitsbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Anschließend gab Kassier Fichtner den Kassenbericht bekannt. Der 1. Vorsitzende dankte beiden Amtswaltern für ihre Arbeit und erteilte ihnen namens der Versammlung Entlastung. Bei den unter Leitung des 2. Vorsitzenden, Landmann Jung, vorgenommenen Neuwahlen wurden zum 1. Vorsitzenden Fritz Mätschke, zum Schriftführer Friedrich Steeb und zum Kassier Gottl. Fichtner einstimmig wiedergewählt. Als Beisitzer wurden gewählt: A. Martini, A. Breitling, Fr. Hornung, Karl Hamberger, G. Hahn und H. Wanner. Zu Kassenrevisoren wurden die Landesleute Wilh. Dreher und Willi Walz bestimmt. Theaterleiter und Sängervorstand blieb Landmann Ehr. Kapp. Auch die Leitung der Spar- und Sierbekasse bleibt bei den seitherigen treuen Ämtern W. Dreher und Ch. Jung. Im neuen Jahresprogramm ist von Interesse, daß der Singchor am 30. April in der Weichenburg einen Bienen Abend mit Theateraufführung und Gesangsvorträgen zum Besten der arbeitslosen Sänger des Vereins veranstaltet. Der Hauptausflug wird im Juli mit Reisekraftwagen nach Friedrichshafen ausgeführt. Daran können sich Landesleute aus der Heimat beteiligen. Mit einigen frohen Liedern, vorgetragen vom Vereinschor, schloß die Versammlung in schönster Harmonie.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Börse

SCB. Stuttgart, 27. März. Die Börse zeigte eine feste Grundstimmung. Es gab mehrfach Kurserhöhungen für Aktien. Am Rentenmarkt hat das Geschäft nachgelassen. Teilweise gab es auch hier kleine Kurserhöhungen.

SC. Stuttgarter Landesproduktbörse vom 27. März

Weizen 21-21,75 (21-22); Gerste 18-19 (16,50-17,50); Weizenmehl 32,50-33 (32,75-33,25); Brotmehl 25,50-26 (25,75-26,25); Kleie 7,75-8 (8-8,25); Stroh 2,20-2,50 (2,50 bis 2,80); alles andere unverändert.

Viehpreise

Ravensburg: Aufstehrinder 80-220, trüchtige Kühe 200 bis 320, Milchkuhe 180-300, Kalbkuhe 200-340 M. — Stelmungen O.M. Stuttgart: Kühe 275-400, Rinder 150-200, Kleinvieh 90-165 M.

Schweinepreise

Befähigt: Milchschweine 15-20 M. — Heilbrunn: Milchschweine 16-25, Fäuser 40 M. — Ravensburg: Ferkel 15 bis 22 M. — Saulgau: Ferkel 18-24 M. — Stelmungen O.M. Stuttgart: Fäuser 30-65, Milchschweine 12-21 M.

Holzverkäufe

Bei den Holzverkäufen aus den württembergischen Staatswäldern in der Zeit vom 15. bis 21. März wurden für Nadelholz folgende Preise erzielt: Fichten und Tannen 40-53, Föhren und Lärchen 55-60 Prozent der Landesgrundpreise. Die Preise für Laubholz schwankten zwischen 48-83 Prozent und betrugen in Waldenbuch sogar 111 Prozent. Nadelholzstangen kosteten 62-68 Prozent.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verteilungskosten in Betracht kommen. Die Schriftst.

Räufelaufösungen aus der Jugendbeilage

Zum Kopfzerbrechen

Schlagbäume, Feuerwerksfrösche. — Sieg. — Seele, Nadel, Seelenadel.

Immer zur rechten Stunde

wirkt das Angebot in der Tageszeitung. Nie wird die Zeitungsanzeige als Störung empfunden, wie so manche andere Reklame.

Wenn der Leser am empfänglichsten ist, wenn er am besten Zeit hat, wirkt auf ihn

Das Angebot durch die Zeitungsanzeige!

Calw, den 27. März 1933.

Todesanzeige

Unsere liebe Freundin und Hausgenossin
Fraulein Clara Maishofer †
aus Bad Liebenzell

ist von ihrem langen schweren Leiden erlöst
worden.

Familie Gertrud Hüller.

Calw, den 28. März 1933.

Todes-Anzeige

Allen Verwandten, Freunden und Be-
kannten die traurige Nachricht, daß meine
liebe Frau, unsere liebe Mutter, Schwieger-
mutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin
und Tante

Emilie Sattler †

im Alter von 71 Jahren nach schwerem Lei-
den sanft entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Johann Sattler, Schuldiener a. D.
mit Kindern.

Beerdigung Donnerstag nachmittag 2 Uhr
vom Krankenhaus aus durch die Stadt.



Sokrates und
Xantippe

wären nie ein Paar geworden, wenn es damals schon
Kleinanzeigen gegeben hätte. Sokrates würde dann
unter den Töchtern des Landes gewählt und sorg-
fältiger geprüft haben. Er hätte Vergleiche gezogen,
ehe er sein gutes Herz sprechen ließ — und Xan-
tippe wäre das verdiente Los zuteil geworden: Nie
einen Mann „glücklich“ zu machen!
Dem glücklicheren Sokrates von heute steht die
Heiratsanzeige in der Tagespresse beratend und
vermittelnd zur Verfügung!

Zwangsversteigerung

Es werden öffentlich meist-
bietend gegen bar versteigert
Donnerstag, den 30. 3.,
10 Uhr in Calw Markt-
platz 30: 40 Paar Damen-
schuhe Nr. 36—42, 8 Paar
Herrenschuhe Nr. 36 45,
10 Paar Plattfüßeinlagen.
Der Verkauf findet voraus-
sichtlich bestimmt statt.

Ger.-Vollst.-Stelle.

Schreiner- Lehrlingsge such

Guterzogenen Junge findet
in einer Möbelwerkstätte
günstige Lehrstelle bei Kost
und Wohnung.

Anfragen befördert die
Gesch.-St. dieses Bl. unter
R. H. 73

Schulbücher Schreib- und Zeichen- Materialien

die in sämtlichen Schulen der Stadt
und des Oberamtsbezirks Calw ein-
geführt sind, halte ich auf Lager und
empfehle mich bei Bedarf bestens

Fr. Häussler
Buch- und Papierhandlung
Calw

Sie schädigen sich selbst,

wenn Sie eine Zeitung halten, die nicht in der
Lage ist, Sie mit den Wirtschaftsfragen auf
dem Laufenden zu halten, die für Sie und
Ihre Wirtschaft in Betracht kommen.

Vor Schaden bewahren Sie sich,

wenn Sie eine Zeitung lesen, die ein genaues
Spiegelbild des gesamten Wirtschaftslebens
des Bezirks gibt. Darum bestellen Sie das
Calwer Tagblatt, das Sie über alle Vor-
kommnisse im Bezirk unterrichtet.

Ihre Möbel lächeln

geputzt mit Dr. Erle's
Möbelpolitur
„Wunderschön“
Flasche 1.—

Ritter-Drogerie
Carl Bernsdorff.

Kinders- Sportwagen

gut erhalten zu verkaufen.
Von wem, sagt die Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

Für sofort wird ein Zimmer

zum Aufbewahren
von Möbeln gesucht.
Von wem, sagt die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

20-25 Zentner Heu

gutes Bergfutter, per 3tr.
Mk. 1.80, verkauft.
Wer, sagt die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Ehe Sie einen

Druckauftrag

nach auswärts vergeben, fragen Sie doch bei uns
an, ob wir Sie nicht vorteilhafter bedienen können.

„Tagblatt“-Buchdruckerei

Fernsprecher Nr. 9 Calw Lederstraße Nr. 23

Sommerliche, 4—5zimmerige

Wohnung

zu vermieten
Weiß, Balkmühlweg.

Schöne

Wohnung

few. Werkstatt
zu vermieten.
Lederstraße 48.

3-Zimmer- Wohnung

(darunter 1 klein. Zimmer)
samt Zubehör, wird auf
1. Mai vermietet.
Zwinger 35.

Senden Sie Ihren An-
gehörigen ins Ausland
das „Calwer Tagblatt“!

Schöne

2-Zimmer- Wohnung

samt Zubehör ist zu ver-
mieten
Wehnergasse 13.

Sommerliche

3-Zimmer- Wohnung

mit Glasabschluß ist auf
1. Mai zu vermieten.
Bischofsstraße 8.

Aus meinem reichhaltigen Lager in

Weiß- u. Rotweinen

der besten Lagen von Württemberg,
Baden, Pfalz, Rheinhessen, Nahe,
Rhein und Mosel empfehle ich besonders:

Heilbronner
Weinsberger
Steinsfelder
Mundelsheimer Käsberg
Ihringer
Bickensohler
Hügelheimer
Laufener Gutedel (Markgräfler)
Durbacher Weißherbst
Waldulmer
Birkweiler
Kastanienbuscher
Gimmeldinger
Wachenheimer
Dürkheimer Halsberg
Oppenheimer
Niersteiner
Zellertaler
Norrheimer
Schloß Böckelheimer
Ob. Ingelheimer
Abmannshäuser
Bernkasteler Schloßberg

sowie eine Anzahl weiterer

Konsum- und Qualitätsweine
versch. Jahrgänge
in allen Preislagen.

Neben der Lieferung in Fässern jeder
Größe mache ich besonders auf den bequemen
Bezug in Literflaschen aufmerksam.

Die Lieferung auch kleiner Bestellungen erfolgt
durch meine Autos frei Haus.
Verlangen Sie Angebot mit Proben.

Gustav Hüttinger
Weingroßhandlung
Pforzheim, Telefon 2770 und 3070

Schöne, sonnige

4-Zimmer Wohnung

ist auf 1. Juni zu ver-
mieten Marktplatz 12.

Ein wenig gebrauchter

Emaillierherd

zu verkaufen.
Zu erfragen auf der Ge-
schäftsstelle ds. Bl.



Kunden werben?

Das Zaubermittel:

einfach, zuverlässig, sparsam:

Die Zeitungsanzeige!